

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag.)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Nr. 91.

Dienstag, den 14. November

1882.

Bekanntmachung.

Für die Rittergutsbezirke **Neukirchen** und **Steinbach** ist als Gutsvorsteher Herr Deconomie-Inspector Otto Peritz in Neukirchen verpflichtet worden, was hiermit bekannt gemacht wird.
Meissen, am 7. November 1882.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Boffe.

Tagesgeschichte.

Der preussische Justizminister hat neuerdings an die Amtsgerichte eine nachahmenswerthe Verfügung erlassen. In derselben wird darauf hingewiesen, daß zwar eine besondere Ladung der Schöffen zu jeder einzelnen Sitzung, an der sie theilzunehmen haben, gesetzlich nicht vorgeschrieben sei, es liege aber in der Natur der Sache, daß die im Laufe des Jahres erfolgte allgemeine Vorladung leicht in Vergessenheit kommen könne; es werde deshalb als eine Härte empfunden, wenn ein lediglich aus Vergesslichkeit ausgebliebener Schöffe in Strafe genommen werde. Da es überdies dem Ansehen der Strafrechtspflege nicht förderlich sei, wenn häufig die Festsetzung von Strafen gegen Personen erfolge, welche zur Theilnahme an der Rechtsprechung berufen seien, so empfiehlt der Minister den königlichen Amtsgerichten, an alle Schöffen neben der gedachten allgemeinen Benachrichtigung noch besondere Ladungen zu den einzelnen Sitzungen und zwar etwa 8 Tage vor den bezüglichen Sitzungstagen zu erlassen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck sah in den letzten Tagen auf seinem pommerischen Lusculum Barzin verschiedene hohe Gäste bei sich. Unter ihnen sind Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, der deutsche Botschafter in Paris, ferner der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß VII., nebst Gemahlin, und der deutsche Botschafter in London, Graf Münster zu erwähnen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser auffällige Verkehr der hervorragendsten Vertreter des deutschen Reiches auf dem Landtage unsers leitenden Staatsmannes mit Fragen der auswärtigen Politik zusammenhängt. In den letzten Tagen wurde auch Herr von Buttammer, der preussische Minister des Innern und Vizepräsident des Staatsministeriums, in Barzin erwartet, jedenfalls um mit dem Fürsten Bismarck Rücksprache über die parlamentarische Situation und über die dem Landtage zu machenden Vorlagen zu nehmen.

Herr v. Buttammer macht im Reichsanzeiger bekannt, daß die Eröffnung des auf den 14. November d. J. einberufenen Landtages an diesem Tage, Mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses erfolgen und daß zuvor Gottesdienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen, und um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder stattfinden wird.

Wie man in gouvernementalen Kreisen wissen will, ständen für die neue Session des preussischen Landtages, gegen alle Erwartungen, sehr bedeutungsvolle Vorlagen kirchenpolitischer Natur in Aussicht. Es scheint, daß Fürst Bismarck gesonnen ist, in das Verhältnis zur Kurie jetzt endlich volle Klarheit zu bringen, nachdem die diskretionären Vollmachten sich in ihrer bisherigen Ausdehnung und Anwendung dazu nicht ausreichend erwiesen haben. Man behauptet deshalb in gut unterrichteten Regierungskreisen, daß Fürst Bismarck die bevorstehende Session dazu benutzen dürfte, um den Schwebezustand, in welchem sich unsere Beziehungen zum Vatikan noch immer befinden, durch einen gewaltigen Anstoß in eine direkte Krisis zu verwandeln. Der leitende Staatsmann, so fügt man hinzu, wäre fest entschlossen, die Konsequenzen dieser Krisis, möge dieselbe ein positives oder negatives Resultat zeitigen, mit aller Unerbittlichkeit zu ziehen.

Die „Kreuzzeitung“ meldet: Die Nachricht, daß Fürst Bismarck sich gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes ausgesprochen habe, scheint auf einem Mißverständnis zu beruhen. Gegen die Verlängerung an und für sich dürfte, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, kaum ein Widerspruch erhoben werden, wenn es sich auch bei derselben um einzelne Modifikationen handeln mag, die jedoch dem Ganzen gegenüber kaum ins Gewicht fallen.

In Wien ist es in letzter Zeit verschiedentlich zu Ruhestörungen auf den Straßen gekommen, wobei sich besonders Mitglieder der Schuhmachergewerkschaft betheiligten. Als diese Gewerkschaft darauf aufgelöst wurde, nahmen die Unruhen einen so ernstlichen Charakter an, daß die Straßen durch Militär gewaltsam gesäubert werden mußten. Die Ursachen dieser Unruhen werden von der N. Fr. Pr. in Mangel an Arbeit dargestellt, der wiederum eine Folge des seit Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Lederzollses sei. Mehr als 10 österreicheische Schuhfabriken haben seitdem ihre Zahlungen eingestellt. Schlagender seien die Wirkungen des Schutzollsystems wohl nie zu Tage getreten als hier.

Wien, 9. November. Die Straßenraufereien, die seit Sonntag allabendlich in der Josefstadt stattfinden, nahmen gestern leider den ernsthaften Charakter eines gewaltthätigen Auflehnsversuches gegen die Behörden und die bewaffnete Macht an, ohne daß sich für den ganzen Skandal irgend ein greifbares Motiv oder Ziel absehen ließe. Denn die polizeiliche Schließung des Leselokals, daß die Schuhmachergewerkschaft in der Hauptstraße jenes Bezirks hält und das als sozialistischer Herd verdächtig ward, hat nur den ersten äußeren An-

laß zu jenen Aufläufen gegeben. Was sich gestern daraus entwickelte, war nicht mehr ein Schuhmacher- oder Arbeiterrummel, es war ein echter Proletarieraufstand. Es war der Krawall um der Lust am Exzesse selber willen, bloß aus Freude, der gesellschaftlichen Ordnung ein Schnippchen zu schlagen — vorläufig noch, Gott sei Dank, ohne jede Beimischung von Vergehen gegen das Eigenthum, aber ausgeführt von Elementen, die bei einer Wiederholung solcher Ausbrüche schnell genug auch eine Stufe tiefer sinken würden. Denn nachdem die Polizei, durch die vorhergehenden Abende gewarnt, in der Kaiserstraße rechtzeitig Aufstellung genommen, verlegten die Tumultuanten den Schauplatz des Staudals außerhalb der Linie an den nahegelegenen Westbahnhof und in die berücksichtigten Gegenden des Verchenfeldes, wo die eigentliche Heimstätte der arbeitslosen und beschloßenen Vagabunden ist. Schon dieser Wechsel der Kampfesarena verräth eine leitende und organisierende Hand hinter den Coulissen; mehr noch die Art, wie das Polizei- und Militär mit Steinen bewerkende Gesindel sich in den Auenengraben versteckt und an den Fenstern postirt hielt; am meisten die Umsicht, mit der Drahtgeflechte über die Straße gezogen waren, um die Pferde der Ulanen zum Sturze zu bringen.

Für Frankreich bildete der Donnerstag erfolgte Wiederzusammentritt der Kammern das Hauptereigniß der Woche. Die neue Session der französischen Kammern wird unter sehr ungünstigen Verhältnissen eröffnet; einerseits finden die Kammern ein neues Ministerium vor, mit dem sie erst Fühlung zu gewinnen haben, andererseits ist das Land mehr als je durch die Parteikämpfe der Gambettisten, Monarchisten u. s. w. durchwühlt und mitten unter diesen Kämpfen zeigt das „rothe Gespenst“ drohend sein Haupt. Daneben ist auch die auswärtige Politik Frankreichs, namentlich in Bezug auf Egypten, so verfahren wie nur möglich und das Ministerium Duclerc befindet sich daher in Anbetracht all dieser mißlichen Verhältnisse in einer keineswegs beneidenswerthen Stellung, und es hängt lediglich von seiner Klugheit und Energie ab, sich auf seinem dornenvollen Posten zu behaupten.

Ein wichtiges Projekt ist dem Präsidenten der Republik vorgelegt worden. Es handelt sich um die Errichtung von zwanzig Häusern oder landwirthschaftlichen Kolonien für die Arbeiterkinder in den zwanzig Arrondissements der Stadt Paris. Diese Häuser sollen für 500 Knaben und 500 Mädchen im Alter zwischen 3 und 6 bis zu 21 Jahren eingerichtet werden. Die Pension für ein Kind soll auf 60 Centimes per Tag festgesetzt werden, worin alle Kosten für professionellen Unterricht, Nahrung und Kleidung inbegriffen sind. Eine Versicherungsprämie von 2500 Francs soll jedem Kinde bei seinem Austritte aus der agrarischen Schule übergeben werden. Dieses Projekt, für welches sich die Regierung sehr interessiert, soll in kürzester Frist ausgeführt werden.

Paris. Der Sohn des Fürsten Polignac steckte heute die Wohnung seines Vaters mit Petroleum in Brand. Nach seiner Verhaftung erklärte er, daß er dies gethan habe, um sich an seinem Vater zu rächen, der ihm das von ihm verlangte Geld verweigert habe.

Zwischen England und Spanien ist ein Konflikt ausgebrochen, der immer lebhaftere Formen annimmt. Vor einiger Zeit landeten drei Männer an der Felsenküste von Gibraltar. Es waren Führer des kubanischen Aufstandes, welche die Flucht in ferne Länder der Unterwerfung vor den spanischen Waffen vorzogen. Sie vertrauten auf die Asylfreiheit auf englischem Boden, wurden aber von den Behörden in Gibraltar wegen Mangels an irgend einer Legitimation zurückgewiesen, an der Grenze von spanischen Polizeibeamten arretirt und befinden sich seitdem im Gefängniß. Das Peinlichste jedoch ist, daß, wie der Londoner „Standard“ behauptet, die spanische Polizei von der englischen in Gibraltar auf die drei kubanischen Flüchtlinge aufmerksam gemacht worden ist, so daß die moralische Verantwortung für das den Letzteren bevorstehende Schicksal auf die englische Regierung und das englische Volk fällt. Die Mittheilung des „Standard“ machte in England einen derartig deprimirenden Eindruck, daß Gladstone der spanischen Regierung offiziös die Bitte unterbreiten ließ, die gefangenen Kubaner den englischen Behörden wieder zurückzuliefern. Die spanische Regierung weigert sich jedoch, obgleich an die sprüchwörtliche „Ritterlichkeit“ der Spanier appellirt wurde, dieser Bitte zu willfahren, weil die Flüchtlinge von spanischen Behörden auf spanischem Boden verhaftet worden seien, mithin eine andere Macht sich nicht in diese Angelegenheit einzumischen habe. Diese Antwort hat die Engländer nur noch mehr gereizt. Man verlangt von der Regierung, daß sie die Angelegenheit nicht mehr offiziös, sondern offiziell als englisch: Ehrensache behandle. Der Unterstaatssekretär Dilke antwortete im Unterhause auf eine diesbezügliche Aeußerung Lord Churchill's, bis zum Empfang des Berichts über die in Gibraltar stattfindende Untersuchung bezüglich der kubanischen Flüchtlinge seien offizielle Schritte Englands zu Madrid unmöglich.